

Das Auge der NSA sieht alles: Durch den Abhörskandal wurde die zuvor weithin unbekannte „National Security Agency“ zum bekanntesten Geheimdienst der Welt.
Foto: imago/Christian Ohde ▶

Wenn die Macht der Mächtigen bröckelt

Informationsfreiheit contra Zensur: Die „digitale Demokratie“ wehrt sich gegen Regierungswillkür und Spionage

Kaum flachte die Debatte darüber, ob US-Spionageenthüller Edward Snowden nun Held oder Verräter ist, ab, spricht die von der Journalistenorganisation „Reporter ohne Grenzen“ veröffentlichte Rangliste zur Pressefreiheit 2014 eine eindeutige Sprache. Die Analyse alarmiert die Öffentlichkeit. Die globale „Community“, die im Internet kommuniziert, bloggt, protestiert, ihre Daten preisgibt und am Ende durch Geheimdienste überwacht wird, sieht sich bedroht – ihre Persönlichkeitsrechte stehen auf dem Spiel.

Die von „Reporter ohne Grenzen“ (ROG) vorgelegten Fakten demonstrieren, wie es um das weltweite Menschenrecht der Informationsfreiheit steht. Während im Bürgerkriegsland Syrien für 2013 mindestens zehn getötete Journalisten und tote 35 Bürgerreporter registriert wurden, ist der Krieg westlicher Demokratien gegen die Meinungsvielfalt weniger sichtbar – und doch nicht zu leugnen: Ganze 13 Ränge sind die USA (Platz 46) gefallen. Auch Großbritannien (Platz 33, minus 3) kassierte die rote Karte.

ROG verurteilt insbesondere das Vorgehen gegen die Londoner Tageszeitung „Guardian“, das der Pressefreiheit einen Schlag versetzt habe.

Die Redaktion war von den Behörden dazu gezwungen worden, gespeicherte Informationen über den britischen Geheimdienst GCHQ zu vernichten. „Selbst Staaten wie die USA und Großbritannien rücken investigative Journalisten und ihre Hinweisgeber mittlerweile in die Nähe des Terrorismus“, sagt ROG-Vorstandssprecher Michael Rediske.

Mit der deutlichen Herabstufung antwortet ROG auf die Verfolgung der „Whistleblower“ in beiden Ländern. Diese für den investigativen Journalismus so wichtigen Informanten müssen oftmals regelrechte Hetzjagden erdulden, wenn sie Verfehlungen der Geheimdienste und Politiker an die Öffentlichkeit bringen. Die potenzielle totale Überwa-

chung aller Kommunikationskanäle weltweit durch den US-Spitzeldienst NSA, die Edward Snowden ans Licht gebracht hat, ist solch ein Fall.

Das Tauziehen um die in einer rechtlichen Grauzone wirkenden „Whistleblower“ geht unterdessen weiter. Ob nun Snowden oder der Begründer der Enthüllungsplattform WikiLeaks, Julian Assange: „Whistleblowing“ ist längst zur globalen Staatsaffäre geworden. Snowden musste ins politische Asyl nach Moskau fliehen. Assange kann keinen Fuß vor die Botschaft Ecuadors in London setzen, ohne der britischen Polizei direkt in die Arme zu laufen.

Unfairer Prozess

Beiden droht das Schicksal Bradley Mannings. Der ehemalige US-Soldat, der sich mittlerweile als Frau sieht und Chelsea nennt, verbüßt eine 35-jährige Haftstrafe, da er Informationen über Kriegsverbrechen an WikiLeaks weiterleitete. Der von Beobachtern als unfair charakterisierte Prozess demonstriert, wie hart



▲ Schwarze Zentrale: das Hauptquartier der NSA in Fort Meade. Foto: gem

die USA mit Geheimnisverrätern verfahren.

Ex-Agent“ Snowden sitzt derweil zwischen den Fronten. Ausgerechnet Russland hat dem 30-Jährigen Asyl gewährt. Das Land ist selbst nicht gerade der Hort der Meinungsfreiheit. In der ROG-Analyse stieg es zwar um einen Platz, liegt aber immer noch auf Rang 148 – und damit nicht einmal im unteren Mittelfeld. Während sich der russische Präsident Wladimir Putin als weltgewandter Olympia-Gastgeber und sportlich-muskulöser Politstar inszeniert, sind Menschenrechtsverletzungen in seinem Land an der Tagesordnung.

Ganze Ortschaften wurden für die Winterspiele im Kaukasus umgesiedelt, Menschen nicht entschädigt, Arbeiter nicht bezahlt. Zahlreiche Journalistenmorde sind noch

immer nicht aufgeklärt. Prominent reiht sich Russland in die Liste der Staaten ein, die das Internet zensurieren. Wer die Wahrheit ausspricht, muss mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen. Nichts anderes droht NSA-Enthüller Snowden in den USA. Seine Auslieferung lehnt Putin ab – aus politischem Kalkül. Snowden und die Informationsfreiheit werden so zum Spielball der Macht.

Und doch gibt es sie, die „Whistleblower“, die sich dem Risiko aussetzen. Der Preis ihrer Aufklärung ist hoch: Morddrohungen erhalten sowohl Assange als auch Snowden. Ohne die NSA-Affäre wäre die mediale Debatte nicht losgeschlagen worden, kein Anti-Spionage-Abkommen in der Diskussion und der NSA droht keine Reformen.

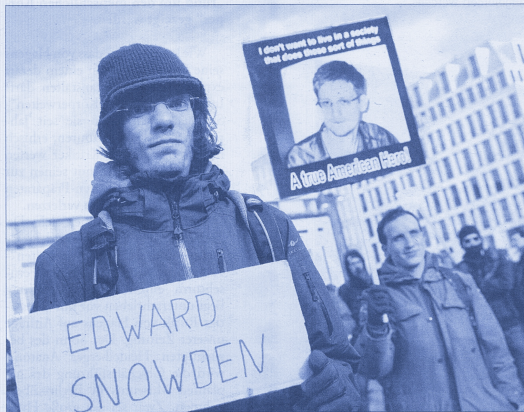
„Rote Linie überschritten“

Mit den massiven Spähprogrammen war für Snowden „eine rote Linie überschritten“. Den Gang an die Öffentlichkeit begründet er mit seinem Gewissen: „Ich glaube, dass es Fälle gibt, in denen das, was gesetzlich erlaubt ist, nicht unbedingt auch richtig ist. Es gibt genug Beispiele in der Geschichte in Amerika und in Deutschland, in denen die Regierung des Landes im Rahmen des Gesetzes handelte und trotzdem Unrecht tat.“

Experten sprechen bereits von einer neuen Kultur, in der das Gewissen aufsteht: die „Leaking“-Kultur. In sozialen Netzwerken stellt sich die Gesellschaft der neuen Verantwortung, nimmt Anteil am weltweiten Eingriff in Bürgerrechte, mobilisiert Protestbewegungen. Die durch die „Whistleblower“ angestoßene Debatte stellt die internationale Politik auf den Prüfstand. Die digitale Gesellschaft war live dabei, als WikiLeaks sie mit Kriegsverbrechen des US-Militärs im Irak und in Afghanistan konfrontierte.

Protestbewegungen wie der Umsturz in der Ukraine werden ungeschnitten im Netz verfolgt. Live konnte die Welt das kämpfende Volk auf dem Kurznachrichtendienst Twitter verfolgen und sich virtuell auf den brennenden Maidan-Barrikaden versammeln. Die Macht selbst autoritärer Regierungen ist damit nicht mehr unbegrenzt. Über das Internet setzen sich Unterdrückte und Ausgegrenzte zur Wehr.

Mit der „Leaking“-Kultur hat sich eine neue Gegenmacht formiert. Ob nun Generalüberwachung, staatliche Drohnenmorde oder systematische Folter – die Weltöffentlichkeit macht ihr Recht auf Information geltend. Bei vielen aber ist diese Botschaft noch nicht angekommen. Für sie ist Edward Snowden weiterhin ein „Verräter“. Michelle Eickmeier



◀ Protest in Berlin: Bürgerrechtler feiern Edward Snowden als „echten amerikanischen Helden“. Foto: imago/Florian Schuh